

Philosophische Nachtakademie, München 16. März 2007:

Johannes Heinrichs

Ein Gespräch über Angst und Demokratie

Was hat Angst mit Demokratie zu tun?

Als erstes fallen uns vielleicht die „Feinde der Demokratie“ ein? Wer wären aber diese Feinde? Die paar Prozent Rechtsaußen, die noch ein altes „Deutsches Reich“ und autoritäre Strukturen beschwören? Das ist – zugegebenermaßen – erschreckend. Aber diese 2 Prozent der Bevölkerung wären kein Grund, uns Angst zu machen.

Dennoch spüren wir Angst vor Instabilität, vor Durcheinander. Wir haben eine untergründige Angst, dass wir mit unserer jetzigen Demokratie nicht auf dem richtigen Weg sind, dass die gesellschaftliche Verständigung über Grundfragen und Grundwerte nicht gelingt, dass das jetzige prekäre System umkippen könnte.

Ich habe als Philosophiestudent hier in München auf der Ludwigstraße gestanden, als die Demonstrationen über die Notstandsgesetze stattfanden. Zeit der APO. Ich konnte da nicht mitziehen und einschwingen. Vielleicht weil ich im Innern noch zu konservativ war? Das war m.E. nicht der eigentliche Grund. Mir als Philosophiestudenten war einfach an vernünftiger Verständigung gelegen. Ich hatte mehr Angst vor dem offensichtlichen Mangel an Verständigungswillen als vor Notstandsgesetzen, die angeblich das Ende des Rechtsstaates einläuten sollten. Von den Notstandsgesetzen spricht heute keiner mehr, aber leider auch nicht über diesen grundlegenden Mangel, dass das Ideal einer kommunikativen, verständigungsfähigen Gesellschaft nach wie vor in weiter Ferne liegt, m. E. in viel größerer Ferne als damals, Ende der 60er Jahre.

Die Menschen trauen der Parteien-Demokratie immer weniger zu. Die Partei der Nichtwähler wächst rasant weiter. Wenn man die Nichtwähler mitzählen würde, würde selbst hier in Bayern, und nicht allein in München, die CSU als das erscheinen, was sie in Wirklichkeit ist: eine Minderheit. Ohnehin haben sich nur etwa 2 % der Bevölkerung in den Parteien organisiert. Dabei reden die Parteipolitiker ständig: Wenn ihr etwas verändern wollt, dann müsst ihr bei uns eintreten. Es ist so, wie wenn der

Papst verkünden würde: Wenn ihr die Kirche verändern und modernisieren wollt, müsst ihr erst alle mal wieder eintreten. Keinerlei Selbstinfragestellung, dass es um Grundsätzlicheres gehen könnte.

Unsere Parteipolitiker denken nicht über Alternativen zum Parteien-Staat nach. Angeblich gibt es solche Alternativen nicht. Die einzige Alternative, die immer wieder ins Gespräch gebracht wird, ist die so genannte direkte Demokratie. Darin ist Bayern, dank der Bewegung „Mehr Demokratie“, (Büro München, Fritz-Berne-Str. 1) sogar ganz schön voran gekommen: Bürgermeister und Oberbürgermeister können direkt gewählt werden. Volksentscheide sind in Gemeinden und Kreisen möglich, falls die nötigen Hürden in einem dreistufigen Verfahren (1. Volksinitiative, 2. Volksbegehren, 3. Volksentscheid) überwunden werden. Aber selbst wenn wir froh wären, dass auf Bundesebene Volksentscheide, sagen wir damals über die Einführung des Euro oder jetzt über den Entwurf zur europäischen Verfassung, möglich wären - jeder Realistische spürt, dass dies bisschen Weiterentwicklung von direkter Demokratie allein nicht *die* Lösung ist. Heute werden in den Landtagen sowie im Bundestag jährlich Tausende von Gesetzen verabschiedet. Das ließe sich unmöglich mit einer Volksabstimmungs-Demokratie mit bloßen Ja-Nein-Entscheidungen machen. Es wird verdrängt, in welchem hohem Maße auch diese Art von direkter Demokratie eine gelenkte Demokratie ist: gelenkt von ihren eigenen Repräsentanten und deren Formulierungen. Es wird verdrängt, dass auch direkte Volksentscheide ihre Entscheidungsfragen nach Wertstufen strukturieren müsste. Was das heißt, wird hoffentlich im Folgenden deutlich werden.

Ich bin sicher nicht der Einzige, der Angst hat, dass diejenigen, die auf die bisherige Form von direkter Demokratie als Lösung setzen (und das sind immerhin so aufrichtige Kritiker des Bestehenden wie H. H. von Arnim sowie prominente Vertreter der Grünen in Bayern wie Gerold Häfner), sich ebenso wie ihre Gegner gewaltig etwas vormachen. Sehen Sie, diese Angst, dass die Menschen sich zu gern Illusionen machen, dass wir uns alle Illusionen machen über unsere Demokratie, die tiefe Angst, dass wir am Ende nur die Sinngebung des Sinnlosen betreiben, die sitzt tief drin im Volke, in uns allen. Wenn Sie sich auf der Straße umhören, lautet der Hauptbescheid des so genannten einfachen Volkes: „Es wird ja doch nichts besser. Wir können ja doch nichts ändern.“

Diese resignative Haltung ist allerdings selbst beängstigend in hohem Maße. Mir ihr liefern wir das wunderbare Ideal einer gesellschaftlichen

Gemeinschaft, die sich selbst mit Hilfe der Rechtsstrukturen, der Beratungen und Abstimmungen regiert, das Ideal der *Selbstregierung des Volkes* also, der Resignation aus.

Die Resignation kann in der Tat Angst machen. Diese Angst wird für mich, in mir selbst, nur noch übertroffen durch eine andere: die Angst vor den Freunden der bestehenden Demokratie, die sagen: Sie ist im Prinzip die beste Staatsform, die wir je hatten – das mag man gern zugestehen -, und die beste, die wir je haben können. Die größte Angst macht also mir und (mehr oder weniger bewusst) vielen die Behauptung, wir hätten im Prinzip eine befriedigend funktionierende Demokratie. Es käme nur darauf an, hier und da mal wieder etwas Sand aus dem Getriebe zu entfernen, ein paar Amigos aufzudecken, der Demokratie den Filz aus dem Fell zu kämmen – wie einem edlen Hund, der doch dadurch kein schlechtes Tier ist, dass er öfter etwas Filz hat.

Demgegenüber wage ich die Behauptung: Die schlimmsten Feinde der Demokratie sind

- neben den **Resignierten**, die zwar klagen, aber keine grundsätzliche Änderung zum Besseren für möglich halten,
- die **Saturierten**, diejenigen, die Angst vor der bitteren Wahrheit haben, dass wir Demokratie bestenfalls auf halbem Wege verwirklicht haben, weil sie Angst vor einer sprunghaften, grundsätzlichen Weiterentwicklung haben.

Um die letzte Angst zu begründen, muss ich ein paar grundsätzlich kritische Bemerkungen zur Parteiendemokratie machen. Um aber gegen die nicht minder Angst machende Resignation irgendwie anzukommen, braucht es einen konstruktiven Entwurf. Ich muss gestehen, dass mir die Diagnose der jetzigen Parteiendemokratie überhaupt nur psychisch möglich ist, weil ich einen positiven Entwurf unterbreiten will. Vielleicht kennen Sie das aus anderen Bereichen: Sie können sich die Wahrheit über eine miserable Lage oder Beziehung nur voll eingestehen, weil sie bereits eine Alternative am Horizont auftauchen sehen. Logisch-philosophisch, hegelianisch, gesprochen: sie können die Negation des Bestehenden nur vollziehen, weil sie auch diese Negation schon negieren können und durch diese doppelte Negation zu einer bestimmten Negation gelangen, welche eine neue Gestalt des Lebens ist.

Also, im Vertrauen darauf, dass wir nicht bei der ersten Negation stehen bleiben, überwinden Sie Ihre verständlichen Ängste und gestehen Sie sich mit mir ein:

Die gegenwärtige Parteien-Demokratie ist strukturell und aus Prinzip unfähig, sachliche Entscheidungen zu treffen. Ich kann jetzt nicht länger darauf eingehen, ob und warum das in anderen Ländern, den so genannten Mutterländern der Demokratie, bisher noch nicht aufgefallen ist. In den angelsächsischen Ländern ist man sehr stolz auf das nationale Mannschaftsspiel: zwei Mannschaften, von denen die eine sich jeweils als ein wenig stärker erweist und daher den Auftrag des Volkes erhält, für die nächste Legislaturperiode seine Geschicke zu leiten. Das ist zweifellos viel besser als das alte Königtum von Gottes Gnaden, vor allem, wenn es mit rechtsstaatlicher Teilung der Gewalten (balance of powers) verbunden ist. Damit kommt der angelsächsische Pragmatismus bisher über die Runden, jedenfalls, solange die elektronischen Wahlfälschungen der Bush-Ära nicht eindeutig beweisbar sind und noch unter den Teppich gekehrt werden können.

In Deutschland ist der Nachkriegs-Import des Zweiparteiensystems jedoch nicht recht gelungen, zum Glück, denke ich. Bei aller sonstigen Musterschülerhaftigkeit des damals zu Tode kompromittierten Deutschland sehen die Deutschen einfach nicht ein, dass Demokratie als ein derartiges Spiel zweier Mannschaften auf Dauer funktionieren können soll. Wir wollten es sachlicher, also schon etwas stärker an den Sachfragen orientiertes Mehrparteiensystem. Damit ist aber der verhängnisvolle philosophische Keim zur Sachlichkeit gelegt. Die Deutschen können es nicht lassen, so sehr sich alles im Oberstübchen und an der pragmatischen Oberfläche dagegen wehrt. Wenn das Prinzip des charismatischen Führers (à la Max Weber) schon nicht funktionierte, so ist ihnen auch das Zwei-Mannschaftsprinzip nicht plausibel. Sie wollen Sachlichkeit. Doch diese ist mit dem real existierenden Parteien-System grundsätzlich nicht zu haben.

Da will die eine Partei christliche Grundwerte, aber zugleich eine neoliberale Wirtschaftsordnung, die durch das Rendite-Prinzip gekennzeichnet ist. Rendite (ich spreche nicht vom Gewinn) bedeutet den Lohn, den „Arbeitslohn“ für das eingesetzte Kapital. Man kann aber mit sehr, sehr triftigen Gründen in Frage stellen, ob der Gedanke eines arbeitenden Kapitals, das nicht bloßes Instrument ist, mit einem christlichen Menschenbild und etwa mit der Arbeitswertlehre eines Thomas von Aquin vereinbar ist. Im Stolz auf die „soziale Marktwirtschaft“ unterscheidet man

dort (und allgemein in unserer Gesellschaft) nicht das marktwirtschaftliche vom kapitalistischen Prinzip (was Ludwig Erhard als Schüler eines Franz Oppenheimer noch sehr wohl zu unterscheiden wusste!).

Die andere, noch große Partei will an sich soziale Gerechtigkeit, auch ohne christliches Bekenntnis, einfach um der Humanität (der allgemeinen, gleichen Menschenwürde wegen). Diese SPD wagt aber derzeit auch nicht, die neoliberalen oder kapitalistischen Grunddogmen als solche klar in Frage zu stellen. Sie gab sich für so genannte „Reformen“ in der Sozialpolitik her, die ihren alten Wertgrundlagen völlig entgegengesetzt sind. Angebliche Sach-Zwänge der Globalisierung und vielleicht innerhalb des bestehenden Systems tatsächlich das Richtige. Man wagt aber nicht die grundsätzliche Richtigkeit des Systems in Frage zu stellen. Man wagt auch kaum darauf zu pochen, dass wir weltweite Rechts- und Ethik-Institutionen brauchen, die jene scheinbaren Sachzwänge unter ganz andere, humane Rahmenbedingungen stellen.

Eine dritte, die FDP, schreibt das Leistungsprinzip sowie freie Fahrt für freie Bürger auf ihre Fahnen, erkennt aber ebenfalls nicht an, dass das Rendite-Prinzip den Kapitaleinsatz belohnt, nicht aber die Leistungsgerechtigkeit garantiert, auch nicht für die von dieser Partei umworbenen kleineren Unternehmen.

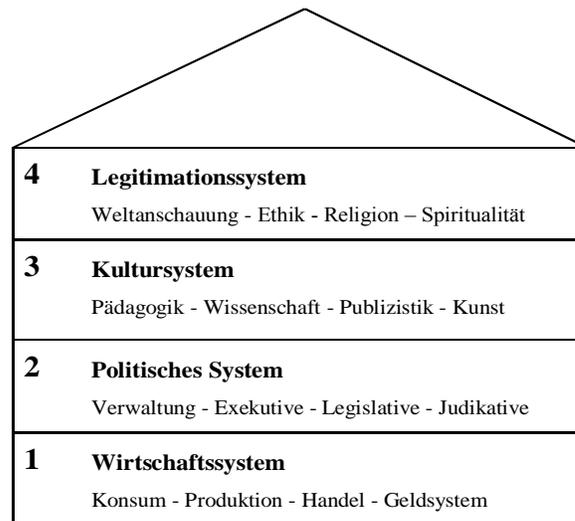
Die Grünen setzen sich von Anfang an für die Umwelt ein, mit großem Recht. Nur vergessen sie über dem Schutz der biologischen Biotope den Schutz der in Jahrtausenden gewachsenen kulturellen Einheiten namens Nationen. Unter dem mehrdeutigen, undefinierten Schlagwort „multikulturelle Gesellschaft“ betrieben sie lange eine Auflösung der gastgebenden Kulturen, eine Auflösung des Unterschieds zwischen Gastgebern und Gästen in kultureller Hinsicht, so dass die Zuwanderer keineswegs motiviert wurden, sich in die gastgebende Kultur zu integrieren und dabei einen Unterschied zwischen Islam und türkischer Kultur zu machen, so dass eine kulturelle Angleichung nichts mit Verrat am Islam zu tun hat. Noch immer geben die Grünen nicht zu, dass sie in dieser Hinsicht, durch die tendenzielle Verwischung des Unterschieds zwischen Gastgeber-Kultur und Gast-Kulturen in geradezu gefährlicher Weise auf dem Holzweg waren oder noch sind, so dass eine konstruktive, kulturell statt wirtschaftlich geprägte Integrationspolitik verhindert wurde – im dialektischen Zusammenspiel mit der gegenteiligen, ausländerfeindlichen Position „das Boot ist voll“.

Inzwischen ist eine weitgehende Angleichung der großen Parteien geschehen. Sie wollen sich alle in der gesellschaftlichen Mitte versammeln. Was aber den Austrag sachlicher Differenzen nicht leichter macht. Selbst innerhalb der großen Koalition gehen die unsachlichen Machtspiele munter weiter. Kein Wunder: Unsere Parteien sind durch strukturelle Unsachlichkeit gekennzeichnet.

Sie haben vielleicht von „Wahlomaten“ gehört oder diese gar benutzt: Automaten, mit deren Hilfe der Wähler herausfinden soll, welche Partei eigentlich seinen persönlichen Wertpräferenzen am meisten entspricht. Die cleveren Erfinder und Propagandisten solcher Wahlentscheidungs-Hilfe gestehen aber gerade das nicht ein, worauf ich hinaus will: Dass der Wähler heute in grundsätzlichen Dilemmata steht. Raffinierte Automaten können wir bauen, aber unsere Demokratie aus solchen grundsätzlichen Dilemmata befreien, das ist anscheinend zuviel verlangt. Wirklich?

Wofür eigentlich sind unsere Bundestags-Abgeordneten gewählt: für Wirtschaftspolitik oder auswärtige Bündnis-, Friedens- oder Militärpolitik oder für Kulturpolitik oder für Weltanschauungspolitik und ethikgemäße Wertentscheidungen in der Gesetzgebung über den Umgang mit Alten und Sterbenden oder neuem menschlichen Leben? Man muss sagen: Für alles das – und für nichts von dem. Sie sind *für alles und nichts* gewählt, über dies nicht etwa einzelne Persönlichkeiten, sondern die Parteien!

Man spricht viel von „Werten“. Diese stehen als Grundwerte geduldig auf dem Papier des Grundgesetzes. Sie werden zu einem erheblichen Teil jedoch nicht realisiert, das ist der „Schönheitsfehler“. Sie können nicht realisiert werden, weil die Wertebenen nicht unterschieden und geordnet in Beziehung gesetzt werden. Die Politikbereiche, die ich gerade unterschieden habe, entsprechen den großen Subsystemen der Gesellschaft: Wirtschaft, Politik, Kultur, Grundwerte.



Figur 1: Die Subsysteme des Sozialen (als Staat)

Wenn jetzt mehr Zeit wäre, würde ich aufzeigen, wie diese Subsysteme durch eine *Reflexions-Systemtheorie der Gesellschaft* streng und genau in dieser reflexiven Stufung zu begründen sind und sich nach demselben Prinzip weiter untergliedern. Ich kann in diesem Rahmen nur das Grundprinzip andeuten.

Die genannte Reflexions-Systemtheorie der Gesellschaft will Antwort auf die Frage geben, wie Gesellschaft aus den Handlungen der Menschen, aus ihrem Miteinander-Handeln entsteht, eine Antwort, die in der berühmten Debatte zwischen J. Habermas und N. Luhmann Anfang der 70er Jahre völlig offen blieb und damit endete, dass Luhmann mehr und mehr eine Systemtheorie betrieb, die auf den Begriff des Handelns und handelnder Subjekte verzichtete, während Habermas die Systeme der Macht und des Geldes anprangerte und sie der mehr oder weniger kuscheligen „Lebenswelt“ der Handelnden entgegensetzte.

Das Prinzip, das zwischen beiden, zwischen Handlung und System, vermitteln kann, ist das der *sozialen Reflexion*, das meint: die Aufnahme der Intentionen des Anderen in meine eigenen. Dies ist eine vertiefte Fortführung von Max Webers Definition des sozialen Handelns als „Orientierung am Verhalten anderer.“ Reflexion ist als soziale nicht eine

Sache der nachträglichen Theorie, sondern gelebte Reflexion: Spiegelung der Handlungs-Intentionen des Einen im Anderen.

Nehmen sie als ganz alltägliches Beispiel den Blick:

1. Ich sehe den Anderen wie einen Gegenstand. (Sartre hat über diese angebliche Vergegenständlichung im Blick geklagt, die jedoch nur eine solche erster Stufe ist.)
2. Der Andere ist aber kein bloßes Objekt, sondern ein selbst Sehender.
3. Er ist drittens ein Sehender, der mein Sehen sieht und dadurch in eine Gegenseitigkeit des Sehens mit mir eintritt.
4. Ich kann Stellung nehmen zu dieser Gegenseitigkeit. Er kann es ebenfalls.

Diese vier Stufen der interpersonalen Reflexion durchlaufen wir, wenn wir morgens nur aus der Tür herausgehen – oder längst vorher schon, sofern wir nicht allein leben. (Es ist übrigens sehr interessant zu beobachten, ob wir diese Stufen tatsächlich im vollständigen Blickkontakt *realisieren* – oder ob wir es vorziehen, vorzeitig auf Stufe 1 oder 2 abubrechen, ferner ob der/die Andere es vorzieht oder beide.) Wir haben hier vier Stufen der interpersonalen Gegenseitigkeit, eine Grundstruktur, ein Grundgesetz, was es sehr wohl auch im Sozialen gibt, nicht allein in den Naturwissenschaften.

Wenn Sie diese Vierstufigkeit übertragen in das große System und nun mit mir einen großen Sprung machen, dann kommen Sie auf

1. **Wirtschaft** als das primär sachbezogene Handeln mit Gütern, dessen zusammenfassendes Regulierungsmedium das **Geld** ist
2. **Politik** als das strategisch interessierte Handeln der Subjekte, der Bereich der Regulierung von Machtkompetenzen durch das Medium des **Rechtes** (Recht ist Kanalisierung von Macht, sei diese gerecht oder nur ein Anschein von Recht.)
3. **Kultur** als das Subsystem der kommunikativen Gemeinsamkeit der Menschen, dessen Medium die **Sprache** darstellt
4. **Grundwerte** als das so genannte Legitimationssystem der Gesellschaft, dessen Medium ethische **Grundaxiome** und dazugehörige Ausdruckshandlungen, **Riten**, sind.

Was hat diese reflexive Stufung der Subsysteme nun mit der aufgeworfenen Demokratie-Problematik zu tun? Nicht weniger als dies, dass die Lösung für den **Übergang von Unsachlichkeitsparteien zu Sachparteien**

darin bestünde, diese Struktur ernst zu nehmen und ihr institutionell Rechnung zu tragen:

Wir brauchen parlamentarische Gremien für jede dieser Ebenen, die natürlich aufeinander bezogen sein müssen. Ihre Unterscheidung ist zugleich ihre Inbezugsetzung nach ein und demselben Prinzip, dem der Reflexionsstufung:

4. Grundwerte-Parlament
3. Kulturparlament
2. Politisches Parlament
1. Wirtschaftsparlament

Figur 2: Die wertgestufte Hierarchie der Parlamente

Es handelt sich um eine weiterentwickelte Gewaltenteilung, die bei der zentralen „Gewalt“ oder besser Staatsfunktion, der Legislative oder gesetzgebenden Funktion, ansetzt. Die Legislative ist die Herzkammer der Demokratie. Aber selbst das biologische Herz hat vier Kammern, eine Erkenntnis, die seit etwa 350 Jahren gegen die üblichen Widerstände durchgesetzt hat.

Übrigens gibt es noch 3 andere Gewalten oder Funktionen, obwohl man zur Zeit der französischen Revolution noch grundsätzlich „trikolorisch“, d. h. dreifarbig, dachte. Denn bei der „Exekutive“ muss die Verwaltungsexekutive oder Administrative von der politischen Exekutive unterschieden werden. Die Verwaltungsexekutive oder Administrative hat es mit der bloßen Anwendung von Gesetzen zu tun. Der Verwaltungsbeamte soll möglichst wenig eigenen Willkürspielraum haben, wohingegen die Regierung eigens einen großen Entscheidungsspielraum für ihr Handeln bekommt. Regieren ist nicht Verwalten und umgekehrt.

Doch zurück zur Aufgliederung der Legislative selbst (während wir über die mögliche Aufgliederung der anderen Funktionen hier nicht sprechen können). Konkret würde die Gliederung der Legislative etwa bedeuten: einmal im Jahr Wahlen für jeweils einen der großen Politikbereiche Wirtschaft, Politik i.e.S., Kultur und Grundwerte. Es können nur Sachparteien antreten. Übergreifende Parteienkartelle sind durch ein neues Parteiengesetz zu verbieten: Keine organisatorische und finanzielle Einheit

der CSU usw. mehr, sondern z.B. eine NIV (Neoliberale Interessen-Vertretung), auf der politischen Ebene etwa einen UHB (USA-Hilfs-Bund), die Kulturpartei könnte einfach heißen VB (Vorbild Bayern) und die neue Grundwertepartei natürlich CB (Christliches Bayern). Der Wähler wüsste dann, woran er jeweils wäre. Doch Scherz beiseite: Es geht darum, dass neue Sachparteien sich um die eigentlichen Sach- und Wertentscheidungen herumgruppieren, die jetzt im großen Kartell der Einheitsparteien völlig untergehen und im Zweifelsfall stets nach Machtgesichtspunkten, selten nach Sachgesichtspunkten, entschieden werden.

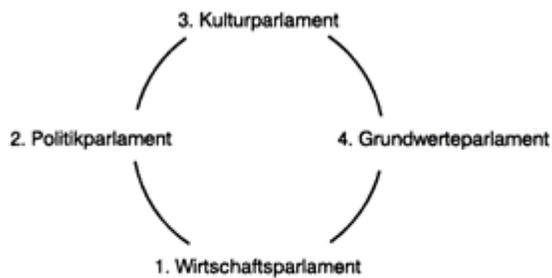
Nicht zu verbieten, sondern zu fördern ist dagegen der gesittete (wenngleich nicht allein „diskursive“!) Kampf um die Wertentscheidungen, die sich als Sachfragen auf jeder dieser Ebene stellen. Die Aufgabe der Parlamente ist Wertekommunikation (nicht etwa „rationaler Diskurs“), d. h. der Austrag der verschiedenen Meinungen, besser Wertoptionen, die sich auf jeder Ebene stellen.

- Im *Grundwerte-Parlament* geht es um faires Miteinander der Religionen und Weltanschauungen, natürlich nicht Abstimmung über letzte Wahrheitsfragen, sondern um die *pluralismustfähige* Umsetzung der Grundwerte in geltendes Recht. Dies ist natürlich ein harter Brocken für die jetzt völlig überprivilegierten Konfessionen. Doch vielleicht haben Wahrheits- und Gerechtigkeitsmotive auch bei ihren ernsthafteren Vertretern eine Chance.
- Im *Kulturparlament* werden die Weichen über Schulpolitik, Wissenschaftspolitik, Sprachpolitik (einschließlich von so etwas wie Rechtschreibreform) und Kulturpolitik im engeren Sinne der Kunstpolitik gestellt. Riesengroße Aufgaben, die heute unter dem allgemeinen Machtpoker der Parteien leiden. (Der angeblich dem Föderalismus dienende Bundesrat stellt nur ein weiteres Poker-Instrument der Unsachlichkeits-Parteien dar.)
- Im *politischen Parlament* geht es um innere und äußere Sicherheit, Außenpolitik, die Entwicklung des Strafrechts, des Zivilrechts sowie des Öffentlichen Rechts einschließlich der Verfassungsentwicklung. (Natürlich müsste über Verfassungsfragen ausnahmsweise das Gesamtparlament, die Vollversammlung, abstimmen. Ebenso über die prozentuale Aufteilung des Bundeshaushalts zu Beginn einer Legislaturperiode. Sonst darf die parlamentarische

Vollversammlung keine Funktion mehr haben. Eine entfernt vergleichbare partikuläre Funktion kennen wir ja heute bei der Bundesversammlung.)

- Im *Wirtschaftsparlament* kommen endlich die wesentlichen Grundfragen der Wirtschaftsordnung zwischen den eigens dazu beauftragten Vertrauensleuten der Bevölkerung auf den Tisch des Hohen Hauses und werden nicht länger mit allen anderen Fragen verbrämt. Was das für eine künftige Wirtschaftspolitik, für die politische Rahmensetzung der Marktwirtschaft also, bedeuten würde, darf man sich gern ausmalen.

Zu dem hierarchischen Prinzip der klaren Vorrangregelung nach den Wertstufen tritt ein zirkuläres hinzu: durch erste, zweite und dritte Lesung im Parlament.



Figur 8: Die Subsysteme bzw. ihre Parlamente als Kreislauf

Die Teilparlamente (ob man sie nun „Kammern“ nennt oder „Häuser“ oder „Parlamente“ wie oben, ist völlig sekundär) brauchen nicht mehr als 100 – 120 Abgeordnete zu umfassen. Das Gesamtparlament wäre also auf Bundesebene kleiner als bisher. Von einer Aufblähung durch die institutionelle Differenzierung kann keine Rede sein, wohl von Steigerung der Effektivität.

Was mir nun zum Schluss besonders wichtig ist: Es handelt sich um **eine innere Einheit von repräsentativer und direkter Demokratie**: Es werden zwar Repräsentanten, Vertrauensleute der Bevölkerung für jeden der Bereiche, gewählt, aber strikt für einen der großen Sach- oder Wertbereiche. Das Wesen der direkten Demokratie ist Abstimmung über Sachfragen. Die bereichsspezifischen Wahlen aber *sind* Abstimmung über Sachfragen wie zugleich über die Kandidaten, insofern sie bestimmte Sachoptionen vertreten.

Ich behaupte: Es gäbe keine bessere und effektivere direkte Demokratie als über die (z.B. jährliche) Wahl eines der Sachbereichs-Parlamente. Die jetzigen Verfechter von einseitiger direkter Demokratie müssten allmählich selbst genügend Sachlichkeit aufbringen und zugeben, dass hier ein viel effektiverer und glaubwürdigerer Weg gefunden ist, dem direktdemokratischen Anliegen voll zum Durchbruch zu verhelfen, ohne die Vorteile der Repräsentation aufzugeben, die übrigens bei jeder Form der direkten Demokratie, selbst bei Dorfversammlungen, schon eine Rolle spielt.

Demokratie basiert keineswegs allein auf einem quantitativen *Mehrheitsprinzip*. Die Mehrheit muss qualifiziert werden, durch das *Beratungsprinzip* und ergänzt werden durch *Vertrauensdelegation* (ohne welche auch die direkteste Demokratie nicht funktionieren könnte).

Schlussbemerkungen zu zwei Bewusstseins-Formen der Angst

M. E. sind wir Deutsche der Welt, nach dem, was wir im vorigen Jahrhundert angerichtet haben, einen solchen konstruktiven Beitrag zur Demokratieentwicklung schuldig, weil wir aus unserer philosophischen Tradition heraus die Potenz dazu haben. Dazu müssen wir die historisch gewachsenen Ängste überwinden, aber auch die alte, unheilvolle Angst, theoretische Einsichten und Werteinsichten tatsächlich zu realisieren. Ich erinnere an das Wort eines Demokraten, der dies schon war, als die deutschen Obrigkeiten noch die demokratischen Bewegungen zusammengeschossen haben (vor allem 1848 und 1918/9), und der eines falschen Nationalismus nicht verdächtigt werden kann:

„Das *gründliche* Deutschland kann nicht revolutionieren, ohne von *Grund aus* zu revolutionieren.“

Es ist derselbe (eher missbrauchte als missratene) Erbe der klassischen deutschen Philosophie, von dem Sie das Diktum auf dem Plakat zu diesem Abend finden:

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“

M. E. kommt die Philosophie, heute allmählich wieder in die Lage, zu verändern, auf besseren Grundlagen als in den 68er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Diese Veränderung kann – zumindest in Europa - nur gewaltlos geschehen. Denn sie muss aus Geist und Liebe geschehen. Deshalb ist der erste Schritt zu ihr: eine neue, diesmal konstruktive, nicht hauptsächlich erst enthüllende, Aufklärung.

Angst vor Gewalt ist heute weniger das Problem der Saturierten, der mit der bestehenden Klassengesellschaft so recht Zufriedenen. Deren Problem ist Angst vor Veränderung, Angst vor Verlust von Privilegien.

Ich persönlich habe Angst vor eben diesen Ängsten, mehr aber noch

- Angst vor dem Konformismus und dem allgegenwärtigen (vom Wirtschaftssystem wie von den offiziellen Ethiklieferanten geförderten) Mitläufertum,
- Angst vor der Gedankenlosigkeit oder Theoriefremdheit im politischen Bereich, zumindest was umfassende Theorie angeht.

Keineswegs machen diese Einstellungen Halt vor den Intellektuellen. Von diesen schaffen sich viele ihre verspielten Ablenkungsideologien. Diese sind nicht ungefährlicher als die leichter zu durchschauenden Rechtfertigungsideologien der Saturierten. Die intellektuellen Produzenten von Ablenkungsideologien nähren die vorhin angesprochene Resignation, vor allem dass Denken sowieso nicht dazu taugt, eine Gesellschaft nach Maßstäben der Gerechtigkeit und der Kommunikation zu gestalten. Vor diesen beharrenden Haltungen habe ich Angst, keineswegs vor irgendwelchen, angeblich unlösbaren Sach-Problemen. Es überwiegt aber meine Hoffnung, dass wir von den Umständen selbst rechtzeitig zum Denken und Handeln „von Grund aus“, d.h. aus einsichtigen Gründen, gezwungen werden.

Angst sollte nicht allein individualpsychologisch betrachtet werden, sondern nicht minder sozial- und kollektivpsychologisch. Es gibt zwei wesentlich verschiedene Formen oder Aggregatzustände der Angst:

- eine ins Unbewusste *verdrängte kollektive Angst*, die m.E. den Mutblockierer par excellence darstellt.

Verdrängte Angst hat uns in der Geschichte unzählige längst überlebte Herrschaften allzu lange bewahrt und schließlich einen weltweit mustergültigen und bis heute effektiven Diktator beschert. Die unbewusste

Angst, von der nur die Spitze des Eisbergs an die Oberfläche des Bewusstseins gelangt, wird mit Recht oft als „Angst vor der eigenen Courage“ betitelt: Der Mut schlummert im kollektiven Unbewussten, doch er wird nicht zugelassen, gerade weil man die weitreichenden Folgen spürt. Diese „German Angst“ vor Veränderung hin zu vernünftigeren und gerechteren Zuständen scheint mir auch gegenwärtig wieder eine riesige Rolle zu spielen, nicht allein, aber auch in der Wirtschaft – nur anders, als es die vermutlich neoliberalen, wirtschaftsoptimistischen Urheber dieser Begriffsverbindung meinten.

- Dagegen scheint mir *die bewusst gemachte Angst* gerade Mut, soziale Tapferkeit und Tatkraft zu entfesseln, auch in der kollektiven Psyche.

Das ließe sich aus den Biographien der Widerstandskämpfer in Deutschland und anderswo gut belegen. Ich wünsche mir nichts mehr bei diesen Ausführungen, als dass wir uns kollektiv der besagten Angst vor Vertiefung des demokratischen Lebens, also des Lebens einer kommunikativ zu nennenden Gesellschaft, bewusst werden. Solches bewusste Zulassen der Ängste wäre das Sprungbrett für theoretische Einsicht wie für den handelnden Sprung aus manchen kollektiven Teufelskreisen.

www.johannesheinrichs.de